

Franssen: „Wirtschaftliche Bedeutung von Nachtflügen wird maßlos überschätzt“

Himmlische Ruhe über der Mainstadt am Tag und eine gesegnete Nachtruhe - viele Hattersheimerinnen und Hattersheimer haben die Tage der Sperrung des Luftraumes aufgrund des Vulkanausbruchs in Island in bester Erinnerung. Um für die Bevölkerung zumindest die Nachtruhe zukünftig zu sichern, sammeln Stadt und Bürgerinitiativen zurzeit in der Bevölkerung eifrig Unterschriften gegen eine Änderung des Luftverkehrsgesetzes und für ein Nachtflugverbot.

Jetzt hat die Luftverkehrsseite – unterstützt von der Logistikbranche – eine Gegenaktivität gestartet und die Initiative „Die Fracht braucht die Nacht“ gegründet. Es soll Einfluss auf die Politik genommen werden, damit das Luftverkehrsgesetz noch schnell im Sinne der Interessen der Luftverkehrslobby geändert wird, bevor das Bundesverwaltungsgericht möglicherweise ein Nachtflugverbot für den Frankfurter Flughafen ausspricht.

„Wir haben schon immer vermutet, dass die Luftverkehrsseite hinsichtlich der Bedeutung von Nachtflügen viel heiße Luft und nichts Substanzielles produziert“, so Franssen. „Die Sperrung des Luftraumes wegen der Vulkanasche hat uns die Gelegenheit gegeben, unsere Mutmaßungen zu überprüfen“, erklärt der Bürgermeister im Hinblick auf ein Antwortschreiben der Bundesregierung.

Presse-Information

Die Stadt Hattersheim wollte es nämlich genau wissen und hatte schriftlich beim Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) nachgefragt. Das von dem CSU-Politiker Dr. Peter Ramsauer geführte Ministerium war bekanntermaßen für die Schließung des Luftraumes wegen der Vulkanasche verantwortlich. „Die Antwort zeigt deutlich, dass die wirtschaftliche Bedeutung von Nachtflügen maßlos überschätzt wird“, so Hattersheims Bürgermeister Hans Franssen.

Nachgefragt hatte die Mainstadt beim Bundesministerium, ob es Erkenntnisse darüber gibt, dass mit dem durch das BMVBS ausgesprochenen Flugverbot und der damit verbundenen Flugausfälle von normalerweise in der Nacht abgewickelten Luftfrachttransporten spürbare Einschränkungen für die Bevölkerung hinsichtlich benötigter Güter zum täglichen Bedarf und für Wirtschaftsunternehmen hinsichtlich der Produktion oder des Exports von Gütern und Dienstleistungen verbunden gewesen seien. Die Antwort des Bundesverkehrsministeriums darauf war knapp und lautete unmissverständlich: „... dass derzeit zu dieser Frage keine Angaben vorliegen.“

Auch zu einer weiteren Frage Hattersheims, ob es Erkenntnisse darüber gibt, dass es durch die Flugverbote zu spürbaren Produktionsausfällen, Produktionseinschränkungen oder Exportausfällen bei Wirtschaftsunternehmen in der Bundesrepublik Deutschland gekommen und somit ein Schaden für die Volkswirtschaft entstanden ist, wurde



gleichlautend beantwortet: „Dem Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung liegen derzeit zu den gestellten Fragen keine Angaben vor“.

Selbst über die von der Luftverkehrsbranche über die Medien angekündigte Sammelklage unter dem Motto „Kohle für die Asche“ liegen dem für die Sperrung des Luftraumes verantwortlichen Bundesministerium derzeit keine Angaben vor.

„Die Beantwortung unserer Anfrage durch die Abteilung ‚Politische Planung und Kommunikation‘ des Bundesverkehrsministeriums hat deutlich gemacht: Die Nacht braucht keine Frachtflüge! Nachts muss Ruhe sein!“, folgert Franssen und meint: Es spräche doch für sich selbst, dass die Nachtflug-Lobbyisten mit ihrer Initiative direkt und unverhohlen auf die politischen Entscheidungsträger zielen. Den Menschen, deren Gesundheit insbesondere durch Nachtflüge in erheblichem Maße beeinträchtigt wird, wird offenkundig von den Lobbyisten keinerlei Bedeutung beigemessen. „Ich hoffe immer noch, dass das bei den politischen Entscheidungsträgern genauso ist“, schließt der Hattersheimer Bürgermeister. Zur Unterstützung seiner klaren Worte bittet er die Bürgerinnen und Bürger sich an der Unterschriftenaktion der Stadt „Nachts muss Ruhe sein!“ zu beteiligen.

Presse-Information